

WAHLEN IN MOSAMBIK – CHRONIK EINES ANGEKÜNDIGTEN WAHLSIEGS

Annette Schwarzbauer



Annette Schwarzbauer ist Auslandsmitarbeiterin der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mosambik und Malawi.

DEUTLICHER GEWINN FÜR FRELIMO, RENAMO VERLIERT STIMMEN, MDM IM PARLAMENT

Am 28. Oktober 2009 fanden in Mosambik zum vierten Mal seit Beendigung des Bürgerkriegs im Jahr 1992 Mehrparteienvahlen statt. Gewählt wurden der Staatspräsident, 250 Abgeordnete des nationalen Parlaments und zum ersten Mal in der Geschichte des Landes 812 Mitglieder von zehn Provinzversammlungen. Die Anzahl der Sitze pro Provinzversammlung liegt zwischen 70 und 91.

Staatspräsident Armando Emílio Guebuza (FRELIMO – Frente de Libertação Nacional) gewann die Präsidentschaftswahlen mit einer deutlichen Mehrheit von 75 Prozent der gültigen Stimmen und wurde damit im Amt bestätigt. Mit Abstand folgten Afonso Dhlakama, Kandidat der stärksten Oppositionspartei RENAMO (Resistência Nacional Moçambicana) mit 16,4 Prozent, und der „Neuling“ Daviz Simango von der in diesem Jahr gegründeten Partei MDM (Movimento Democrático de Moçambique) mit 8,6 Prozent. FRELIMO, Regierungspartei Mosambiks seit der Unabhängigkeit im Jahr 1975, zieht mit 191 Abgeordneten ins Parlament ein, RENAMO mit 51 und die MDM mit acht Vertretern. FRELIMO gewann in allen Provinzversammlungen die absolute Mehrheit der Sitze. In den Provinzen Inhambane und Gaza konnte die Partei sogar alle zur Verfügung stehenden Mandate erringen.

Abb. Nr. 1, Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen

Kandidat	Anzahl der Stimmen	in Prozent
Armando Guebuza	2 974 627	75,01
Afonso Dhlakama	650 679	16,41
Daviz Simango	340 579	8,59

Abb. Nr. 2, Ergebnisse der Parlamentswahlen*

Partei	Anzahl der Stimmen	in Prozent	Sitze
FRELIMO	2 907 335	74,66	191
RENAMO	688 782	17,69	51
MDM	151 836	3,93	8

* Die Ergebnisse der anderen Parteien werden nicht aufgeführt, da diese weniger als ein Prozent betragen.

Abb. Nr. 3, Sitzverteilung im Parlament nach Wahlkreisen geordnet

Wahlkreis	Anzahl Wähler (gerundet)	Anzahl Mandate	Mandate FRELIMO	Mandate RENAMO	Mandate MDM
Niassa	509 000	14	12	2	-
Cabo Delgado	85 000	22	19	3	-
Nampula	1 730 000	45	32	13	-
Zambezia	1 698 000	45	26	19	-
Tete	727 000	20	18	2	-
Manica	612 000	16	12	4	-
Sofala	731 000	20	10	5	5
Inhambane	614 000	16	15	1	-
Gaza	585 000	16	16	0	-
Maputo Provinz	586 000	16	15	1	-
Maputo Stadt	658 000	18	14	1	3
Afrika*	o.A.	1	1	0	-
Rest der Welt*	o.A.	1	1	0	-
Gesamt	9 300 000	250	191	51	8

* Es gibt zwei Auslandswahlkreise, „Afrika“ und „Rest der Welt“, in denen Mosambikaner mit Wohnsitz im Ausland ebenfalls im Ausland lebende Kandidaten wählen können.

Die Wahlergebnisse, die am 11. November 2009 von der Nationalen Wahlkommission (Comissão Nacional de Eleições) verkündet und mit Korrekturen am 14. November durch die Kommission in der regierungsnahen Tageszeitung *Notícias* veröffentlicht wurden, müssen nun noch durch den Verfassungsrat bestätigt werden. Dieser Prozess verzögert sich, da die RENAMO zwischenzeitlich Beschwerde eingereicht hatte und die Anullierung der Wahlergebnisse wegen Fälschungen zugunsten von FRELIMO forderte. Der Verfassungsrat muss nun zunächst hierzu entscheiden. Ein Meinungsartikel in der Zeitung *Notícias* vom 2. Dezember 2009 gibt hierbei die Erwartung wider, dass man schon wisse, dass aller Wahrscheinlichkeit nach die Ergebnisse nicht geändert würden.

ORGANISIERTER WAHLSIEG?

Im April 2009 fand eine außerordentliche Sitzung des Zentralkomitees von FRELIMO unter dem Motto statt „Der Sieg wird organisiert, der Sieg wird vorbereitet“ (*A vitória organiza-se, a vitória prepara-se*). Staatspräsident Guebuza, Vorsitzender der Partei, rief Mitglieder und Freunde zur unbedingten Mitarbeit für den Wahlsieg auf und bekräftigte, dass sich die Partei auf ein überwältigendes Ergebnis vorbereite. Als Ziel wurde ein Wahlsieg in allen Wahlkreisen ausgegeben.

Der Triumph der FRELIMO stellte somit letztlich keine Überraschung dar, da die langjährige Regierungspartei den Staat in vielen Bereichen von der nationalen bis auf die lokale Ebene dominiert und den Staatsapparat auch für Parteizwecke nutzt. Der Oppositionspartei RENAMO gelang es in den letzten Jahren immer weniger, eine konstruktive Alternative darzustellen. Sie verlor ab der zweiten Jahreshälfte 2008 durch den Ausschluss von Daviz Simango, dem erfolgreichen Bürgermeister von Beira, der zweitgrößten Stadt des Landes, an Einfluss und Mitgliedern. Die daraufhin im März 2009 neugegründete Partei MDM unter Führung von Simango musste sich in kurzer Zeit organisieren und einen landesweiten Wahlkampf organisieren, was eine erhebliche Herausforderung darstellte und einen Wahlsieg unwahrscheinlich werden ließ.

Der Triumph der FRELIMO stellte somit letztlich keine Überraschung dar, da die langjährige Regierungspartei den Staat in vielen Bereichen von der nationalen bis auf die lokale Ebene dominiert und den Staatsapparat auch für Parteizwecke nutzt. Der Oppositionspartei RENAMO gelang es in den letzten Jahren immer weniger, eine konstruktive Alternative darzustellen.

Der Triumph von Präsident Guebuza und der FRELIMO zeichnete sich bereits im Vorfeld der Wahlen ab, als die Nationale

Wahlkommission (Comissão Nacional de Eleições) nur zwölf der insgesamt 29 Parteien für die Parlaments- und Provinzwahlen zuließ. Hiervon erhielten lediglich FRELIMO und RENAMO eine landesweite Zulassung. Dies schränkte die Optionen deutlich ein. Gerade kleinere Parteien hatten bei diesen Wahlen auf den Gewinn einzelner Abgeordnetenmandate gehofft, da die bei den Wahlen in 2004 gültige Fünf-Prozent-Hürde für den Einzug ins Parlament abgeschafft worden war. Die MDM, auf die im Vorfeld einige Hoffnungen gesetzt worden waren, konnte nur in vier von insgesamt 13 Wahlkreisen eigene Kandidaten aufstellen, was ihre Erfolgsaussichten bereits von Beginn an schmälerte.

Nach dem Wahltag, der insgesamt ruhig und geordnet verlief, wurden Fälle bekannt, in denen eine zu hohe Anzahl von Stimmzetteln in Wahlurnen auftauchte. Zudem kam der Verdacht auf, in manchen Wahlurnen seien die Stimmzettel der Opposition bewusst verunreinigt und damit ungültig gemacht worden. Dies lässt auf geplante Fälschungen schließen, wobei ohne diese Maßnahmen das Wahlergebnis wahrscheinlich letztlich nicht deutlich anders ausgefallen wäre.

Nach dem Wahltag, der insgesamt ruhig und geordnet verlief, wurden Fälle bekannt, in denen eine zu hohe Anzahl von Stimmzetteln in Wahlurnen auftauchte. Zudem kam der Verdacht auf, in manchen Wahlurnen seien die Stimmzettel der Opposition bewusst verunreinigt und damit ungültig gemacht worden. Dies lässt auf geplante Fälschungen schließen, wobei ohne diese Maßnahmen das Wahlergebnis wahrscheinlich letztlich nicht deutlich anders ausgefallen wäre. So stellt sich die Frage, warum überhaupt zu diesen Maßnahmen gegriffen

wurde. War es der Übereifer auf Orts- oder Provinzebene, die Vorgabe des Wahlsieges mit allen Mitteln zu erfüllen? Das wird letztlich daran zu erkennen sein, ob verantwortliche Wahlhelfer von betroffenen Wahllokalen zur Verantwortung gezogen werden.

ENTWICKLUNG DER PARTEIENLANDSCHAFT

Mosambik wurde nach einem gegen die portugiesische Kolonialregierung geführten Krieg im Juni 1975 unabhängig. FRELIMO, die seit 1964 im Unabhängigkeitskrieg gekämpft hatte, übernahm die Regierungsverantwortung und ist bis heute Regierungspartei. Bereits ein Jahr nach der Unabhängigkeit begann der Bürgerkrieg, in dem die Rebellenbewegung RENAMO gegen die Regierung und die Einführung des Sozialismus kämpfte. Ab Anfang der Neunziger Jahre kam es in Rom mit Unterstützung der katholischen Laiengemeinschaft Sant' Egidio zu Verhandlungen, die 1992 in einen Friedensvertrag mündeten. Die 1990 in Kraft getretene Verfassung ebnete den Weg für ein Mehrparteiensystem. Im Jahr 1994 wurden

die ersten Wahlen durchgeführt. Sowohl in den ersten als auch den folgenden Wahlen dominierte die vormalige Einheitspartei FRELIMO und die Oppositionspartei RENAMO, die sich von einer bewaffneten Bewegung in eine Partei gewandelt hatte. Die Folgen hiervon sind bis heute spürbar.

Abb. Nr. 4, Ergebnisse der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen seit 1994 (Angaben in Prozent)

Präsidentschaftswahlen	1994	1999	2004	2009
Chissano 1994 und 1999 / Guebuza 2004 und 2009 (beide FRELIMO)	53,30	52,29	63,74	75,01
Dhlakama (RENAMO)	33,73	47,71	31,74	16,41
Domingos (PDD) 2004 / Simango (MDM) 2009	-	-	2,70	8,59
Parlamentswahlen				
Partei				
FRELIMO	44,33	48,55	62,03	74,66
RENAMO	37,78	38,79	29,73	17,69
UD 1994 / * PDD 2004 / MDM 2009	17,89	-	2,00	3,93

* UD – União Democrática ist ein Zusammenschluss kleinerer Parteien. Im Jahr 2004 trat RENAMO in Allianz mit kleineren Parteien als RENAMO-UE (União Eleitoral) an.

Bewegung kam in die Parteienlandschaft durch die Gründung der neuen Partei MDM im März 2009. Die Parteigründung war die direkte Folge der politischen Turbulenzen im Rahmen der Kommunalwahlen vom November 2008. Daviz Simango hatte seine erste Amtszeit als Bürgermeister von Beira erfolgreich bestritten und war bei den zweiten Kommunalwahlen des Landes im Jahr 2003 für die Oppositionspartei RENAMO angetreten. Seine Kandidatur bei den folgenden Kommunalwahlen galt als sicher. Kurzfristig verbot ihm jedoch der Vorsitzende der RENAMO, Afonso Dhlakama, die Kandidatur, anscheinend aus Sorge um ein Machtungleichgewicht und aus Furcht vor innerparteilicher Konkurrenz. Teile der RENAMO in Beira und andere Gruppen unterstützten jedoch weiterhin Simango und organisierten in kürzester Zeit seine Kandidatur als unabhängiger Kandidat. Als Folge wurde Simango mit 62 Prozent der Stimmen als Bürgermeister wiedergewählt, wobei RENAMO

Bewegung kam in die Parteienlandschaft durch die Gründung der neuen Partei MDM im März 2009. Die Parteigründung war die direkte Folge der politischen Turbulenzen im Rahmen der Kommunalwahlen vom November 2008.

alle ihre Stadtregierungen verlor. Somit ist Beira derzeit die einzige Stadtregierung in Händen der Opposition.

Der Wahlsieg gab Simango und seiner Bewegung Auftrieb. Ein Erfolg außerhalb der etablierten Strukturen von FRELIMO und RENAMO war möglich. Vor allem unzufriedene RENAMO-Mitglieder schlossen sich der Bewegung an, da sie innerhalb ihrer Partei Möglichkeiten zur Veränderung und den Ausbau demokratischer Strukturen vermissten. Ein lange überfälliger Kongress der Partei wurde vom Vorsitzenden Dhlakama immer wieder aufgeschoben. Nach der Wahlniederlage bei den Kommunalwahlen verstrickte sich Dhlakama in Aufrufen zur Etablierung paralleler Stadtregierungen und gab ein zielloses Bild ab. Dies führte zu öffentlicher Kritik verschiedener Funktionsträger der RENAMO an ihrem Vorsitzenden – ein eher ungewöhnliches Vorgehen.

Daviz Simango (nicht zu verwechseln mit dem Bürgermeister von Maputo mit Namen David Simango) wurde 1964 geboren und kann in Mosambik als Vertreter der „Nach-Bürgerkriegsgeneration“ angesehen werden. In seiner Art und Weise verkörpert er – im Gegensatz zu den meisten anderen Politikern – keine der beiden Bürgerkriegsparteien FRELIMO oder RENAMO. Simango ist Ingenieur mit einem abgeschlossenen Hochschulstudium. Auch darin unterscheidet er sich von vielen Vertretern der aktuellen Politikergeneration, die aufgrund des Unabhängigkeits- und Bürgerkrieges über nur geringe Schulbildung und nur selten über ein Studium verfügen. Sein Vater, Uria Simango, war Mitbegründer und Vizepräsident der FRELIMO. Er und seine Frau, damals erste Vorsitzende der parteiinternen Frauenliga, wurden Mutmaßungen entsprechend auf Veranlassung der eigenen Partei ermordet. Insofern ist Daviz Simango durch seine Familiengeschichte direkt mit FRELIMO verbunden und bietet auch für unzufriedene Parteianhänger eine Alternative.

Die Neugründung im Wahljahr bedeutete für die MDM, dass sich die Partei schnellstmöglich auf die Wahlen vorbereiten musste. Dies stellt eine besondere Herausforderung dar, musste die Partei doch erst landesweit eine Infrastruktur aufbauen und außerhalb der „Heimatprovinz“ Sofala bekannt werden.

WÄHLERREGISTRIERUNG MIT EINIGEN HINDERNISSEN

Die Wählerregistrierung, die am 29. Juli offiziell abgeschlossen wurde, war mit einigen Hindernissen versehen. In verschiedenen Provinzen führten verspätet geliefertes und veraltetes Material, wie beispielsweise Registrierungscomputer oder Laminiergeräte für die Wählerausweise, zu verkürzten und damit ungleichen Registrierungsperioden. Der Registrierungsprozess sollte offiziell am 15. Juni beginnen, doch in einigen Städten verzögerte er sich um Wochen.

Die verspäteten Registrierungsperioden hatten negative Auswirkungen auf die Anzahl der Einschreibungen, wobei die Zahlen angesichts des Fehlens eines funktionierenden Melderegisters kaum zu schätzen sind. Mosambikaner, die wegen technischer Schwierigkeiten nicht sofort registriert werden konnten, kamen wegen der teilweise großen Entfernung ihres Wohnorts zum Registrierungsbüro nicht unbedingt ein zweites Mal.

Die verspäteten Registrierungsperioden hatten negative Auswirkungen auf die Anzahl der Einschreibungen, wobei die Zahlen angesichts des Fehlens eines funktionierenden Melderegisters kaum zu schätzen sind. Mosambikaner, die wegen technischer Schwierigkeiten nicht sofort registriert werden konnten, kamen wegen der teilweise großen Entfernung ihres Wohnorts zum Registrierungsbüro nicht unbedingt ein zweites Mal.

Trotz der entstandenen Schwierigkeiten und der damit verbundenen Zweifel an der Zuverlässigkeit des Registers verlängerte die Wahlkommission die Registrierungsfrist nicht. Dank des Datensatzes von 2007 und der Aktualisierungen der Wählerlisten von 2008 im Vorfeld der Kommunalwahlen wurden, so die Aussage von offizieller Seite, ungefähr 95 Prozent der Wahlberechtigten registriert. Dies sah man als ausreichend an.

PRÄSIDENTSCHAFTSKANDIDATEN – DREI VON NEUN

Am 29. Juli lief die Einschreibefrist der Kandidaturen für das Amt des Staatspräsidenten beim mosambikanischen Verfassungsrat (Conselho Constitucional) ab. Der Verfassungsrat entschied über deren Zulässigkeit. Unter anderem mussten die Kandidaten mindestens 10 000 Unterschriften mosambikanischer Bürger vorlegen, die die Kandidatur unterstützten. Am 14. August veröffentlichte das Verfassungsgericht nach Prüfung der Unterlagen die endgültige Kandidatenliste. Lediglich drei der insgesamt neun Kandidaten wurden für die Präsidentschaftskandidatur zugelassen: Armando Guebuza (FRELIMO), Afonso Dhlakama (RENAMO) und Daviz Simango (MDM).

Die anderen Kandidaten wurden hauptsächlich wegen Mangels an gültigen Unterstützungsunterschriften ausgeschlossen. Politiker, deren Kandidatur abgelehnt wurde, kritisierten diese Entscheidung. Ihr Hauptargument lautete, dass den betroffenen Politikern die Ungesetzmäßigkeiten ihrer Bewerbungen nicht vor der endgültigen Entscheidung offiziell mitgeteilt wurden, wie es das Wahlgesetz erforderte. Daher hätten sie keine Zeit gehabt, Unregelmäßigkeiten zu beseitigen. Die Richter des Verfassungsgericht entgegneten darauf, dass die Ungesetzmäßigkeiten der sechs Kandidaturen so gravierend gewesen seien, dass sie nicht hätten beseitigt werden können.

UMSTRITTENE KANDIDATENLISTEN FÜR PARLAMENT UND PROVINZVERSAMMLUNGEN

Die am meisten umstrittene Frage im Vorfeld der Wahlen drehte sich um die Tatsache, dass nur zwölf der 29 Parteien eigene Kandidatenlisten eingereicht hatten und somit für die Parlaments- und Provinzwahlen zugelassen wurden. Die Ergebnisse der Überprüfung der Kandidatenlisten für das Parlament wurden am 5. September durch die Nationale Wahlkommission bekanntgegeben. Resultat: nur FRELIMO und RENAMO durften in allen 13 Wahlkreisen (zehn Provinzen, Stadt Maputo, Wahlkreis Afrika, Wahlkreis Rest der Welt) ihre Listen zur Wahl stellen. Insgesamt 17 Parteien/Koalitionen konnten nicht in allen Wahlkreisen antreten, da einige ihrer Wahlkreislisten wegen Unregelmäßigkeiten in den Unterlagen einzelner Kandidaten gestrichen wurden. Zehn Parteien/Koalitionen wurden komplett ausgeschlossen.

Eine Überraschung stellte auch die Situation der MDM dar, der im Hinblick auf die Wahlen einige Chancen eingeräumt wurden: die MDM-Listen wurden nur für vier Wahlkreise (Maputo-Stadt, Inhambane, die „Heimatprovinz“ der MDM Sofala und Niassa) akzeptiert.

Für die Provinzversammlungen, die in diesem Jahr erstmals gewählt wurden, standen nur Kandidaten von vier Parteien zur Wahl: FRELIMO, RENAMO, MDM und PDD (Partido para a Paz, Democracia e Desenvolvimento).

Für die Provinzversammlungen, die in diesem Jahr erstmals gewählt wurden, standen nur Kandidaten von vier Parteien zur Wahl: FRELIMO, RENAMO, MDM und PDD (Partido para a Paz, Democracia e Desenvolvimento). Mehreren Parteien gelang es nicht, Kandidaten für alle Wahlbezirke zu nominieren, Listen anderer wurden wegen Fehlern gestrichen. Für die zehn Provinzversammlungen

gibt es 141 Wahlbezirke, FRELIMO trat in 138 an, RENAMO in 34, MDM in 23, PDD in drei Wahlbezirken.¹ Unklar war, wie viele Listen präsentiert und wie viele zurückgewiesen wurden.

Die Probleme bestanden nun darin, dass die Kriterien für den Ausschluss einzelner Listen nicht transparent gehandhabt wurden und es unterschiedliche Interpretationen der Wahlgesetzgebung gab. Fehler bei den Listen lagen vor, aber die Frage bleibt, ob die Wahlkommission nicht Nachmeldungen von Kandidaten hätte zulassen können, um Listen „aufzufüllen“, oder ob eine komplette Liste gestrichen werden muss, wenn die Unterlagen einzelner Kandidaten nicht korrekt sind. Das Vertrauen in die Transparenz und die Fairness des Wahlprozesses nahm zu diesem Zeitpunkt durch die offenen Fragen und die unterschiedlichen Interpretationen und fehlenden Begründungen Schaden.

Am 11. September führten 18 Botschafter (EU, Kanada, Norwegen, Schweiz, USA) ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Wahlkommission, João Leopoldo da Costa, um ihrer Besorgnis bezüglich des Verlaufs der Wahlvorbereitungen Ausdruck zu verleihen. Die Botschafter äußerten, der Eindruck würde vermittelt, dass die Prinzipien von Freiheit, Fairness und Transparenz nicht komplett eingehalten würden. Nicht alle Kandidaten und Parteien erhielten die Möglichkeit zu kandidieren. Durch mangelnde Transparenz sei Raum für Spekulationen und Gerüchte geschaffen worden.

Mehrere Parteien reichten Beschwerde beim Verfassungsrat ein. Dieser bestätigte jedoch Ende September im Wesentlichen die Entscheidungen der Wahlkommission und wies die einzelnen Beschwerden zurück. Im Fall der MDM äusserte der Verfassungsrat Kritik an einzelnen organisatorischen Vorgehensweisen der Kommission, kam aber am Ende zum selben Ergebnis, dass ein Nachreichen von Kandidaturen nicht zulässig gewesen sei. Der Verfassungsrat begründete seine Entscheidung auf Grundlage einer von der Wahlkommission zur Verfügung gestellten Kontrollliste der eingereichten Unterlagen. Es stellte sich jedoch heraus, dass die darin erhaltenen Informationen mit Empfangsbestätigungen der MDM nicht

1 | Vgl. CIP / AWEPA, *Elections 2009: Mozambique Political Process Bulletin*, Nr. 4, 15. September 2009, www.elections2009.cip.org.mz [02.12.2009].

komplett übereinstimmten. Hier scheint es unklare Vorgänge innerhalb der Wahlkommission gegeben zu haben.

Die Wahlkommission und der Verfassungsrat sind mit von FRELIMO und RENAMO benannten Mitgliedern besetzt. Im Fall der Wahlkommission kommen Vertreter der Zivilgesellschaft hinzu, wobei deren Auswahl und Unabhängigkeit von Teilen der Zivilgesellschaft angezweifelt wird. Auf Grund dieser Besetzungen kursierte im Anschluss an die Entscheidungen der beiden Organe der Begriff „FRENAMO“.

Die Wahlkommission und der Verfassungsrat sind mit von FRELIMO und RENAMO benannten Mitgliedern besetzt. Im Fall der Wahlkommission kommen Vertreter der Zivilgesellschaft hinzu, wobei deren Auswahl und Unabhängigkeit von Teilen der Zivilgesellschaft angezweifelt wird. Auf Grund dieser Besetzungen kursierte im Anschluss an die Entscheidungen der beiden Organe der Begriff „FRENAMO“. Da die Beschlüsse für keine der beiden Parteien nachteilig waren, war innerhalb der Institutionen eine

Einigung zur Entscheidungsfindung ohne Schwierigkeiten möglich.

MANDATE UND FINANZEN

Über die politischen Auswirkungen hinaus hat die Zulassung zu den Wahlen auch finanzielle Auswirkungen. Die Parteien erhalten insgesamt 50 Millionen Meticais (rund 1320 000 Euro) aus dem Staatshaushalt für den Wahlkampf. Ein Viertel des Betrags ging in gleichen Teilen an die drei Präsidentschaftskandidaten Armando Guebuza, Afonso Dhlakama und Daviz Simango; ein Viertel übergab man den in der *Assembleia da República* vertretenen Parteien für die Parlamentswahlen proportional zur Anzahl ihrer Sitze im aktuellen Parlament (FRELIMO und RENAMO-UE), ein weiteres Viertel erhielten die restlichen Parteien proportional zur Anzahl ihrer Kandidaten für das Parlament. Das letzte Viertel wird den Parteien entsprechend ihrer Kandidatenanzahl für die Provinzversammlungen zugeteilt.² Fazit: je weniger zugelassene Kandidaten, desto weniger Geld.

Eine wichtige Einnahmequelle für die Parteien sind die Abgeordnetenmandate. Auch hier gilt: je weniger Mandate, umso weniger Finanzen. Die Parteien, deren Listen nicht für alle Wahlkreise anerkannt wurden, standen auch hier von vornherein in einer schlechteren Ausgangsposition als die „großen Parteien“ FRELIMO und RENAMO.

2 | Vgl. Savana, 11. September 2009; *Mozambique Political Process Bulletin*, Nr. 2, 12. September 2009.

WAHLKAMPF

Die offizielle Wahlkampfphase begann am 13. September. Mehr als Themen dominierten die strittigen Fragen der Wahlvorbereitungen und vereinzelte Auseinandersetzungen, Übergriffe auf Parteibüros und Störungen von Wahlkundgebungen der Oppositionsparteien die Wahlkampfzeit.

Ins Auge fiel vor allem die Wahlwerbung der FRELIMO, die ausgiebig plakatiert hatte. Material anderer Parteien war so gut wie gar nicht sichtbar. FRELIMO setzte vor allem auf das Thema Armutsbekämpfung, wies auf bereits geleistete Erfolge hin und versprach weitere Anstrengungen für die nächsten Jahre. Sprichwörtlich geworden ist inzwischen das Motto „A FRELIMO é que fez, a FRELIMO é que faz“. Frei übersetzt bedeutet dies: „Die FRELIMO ist es, die geleistet hat; die FRELIMO ist es, die leistet!“ Die Grenze zwischen Auftritten von Regierungsmitgliedern in offizieller Funktion und Wahlkampfaktivitäten war häufig fließend. Die FRELIMO nutzte ferner staatliche Ressourcen wie z.B. Fahrzeuge für Wahlkampfpzwecke.

Ins Auge fiel vor allem die Wahlwerbung der FRELIMO, die ausgiebig plakatiert hatte. Material anderer Parteien war so gut wie gar nicht sichtbar. FRELIMO setzte vor allem auf das Thema Armutsbekämpfung, wies auf bereits geleistete Erfolge hin und versprach weitere Anstrengungen für die nächsten Jahre.

Afonso Dhlakama hatte Monate vor den Wahlen seinen Wohnsitz nach Nampula im Norden Mosambiks verlegt und führte von dort aus den Wahlkampf. Damit zeigte er letztlich zu wenig Präsenz im Land. RENAMO und MDM setzten vielfach auf einen Haus-zu-Haus-Wahlkampf. Die MDM war in den grössten Städten zwar inzwischen bekannt, in ländlichen Gebieten tat sich die Partei jedoch schwer. Sie trat unter dem Motto „Moçambique para todos“ (Mosambik für alle) an. Damit versprach sie einen gleichberechtigten Zugang zu staatlichen Leistungen, Fördermitteln und Arbeitsmöglichkeiten.

TRÜGERISCHE RUHE AM WAHLTAG

Der Wahltag verlief insgesamt ruhig. Vor Öffnung der Wahllokale hatten sich vielfach lange Schlangen gebildet, die dann meist reibungslos bis Mittag abgebaut wurden. Danach war eher ein ständiges Kommen und Gehen von Wählern zu beobachten. Die Ruhe mag einerseits als Indiz für demokratische Reife und gute Organisation der Wahlen durch das Secretariado Técnico

Der Wahltag verlief insgesamt ruhig. Vor Öffnung der Wahllokale hatten sich vielfach lange Schlangen gebildet, die dann meist reibungslos bis Mittag abgebaut wurden. Danach war eher ein ständiges Kommen und Gehen von Wählern zu beobachten.

co da Administração Eleitoral (STAE – Technisches Sekretariat für Wahlverwaltung) gewertet werden, andererseits auch eine Konsequenz der schwachen Wahlbeteiligung sein. Diese lag bei 44 Prozent der registrierten Wähler, was einer etwas höheren Beteiligung im Vergleich zu den letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahr 2004 (ca. 36 Prozent) entspricht.

Direkt nach den Wahlen wurde über vereinzelte Probleme oder Unregelmäßigkeiten berichtet: verspätete Öffnung einzelner Wahllokale, unvollständige Listen, Behinderung älterer Wähler, die eher der RENAMO zugeordnet werden, sowie die Präsenz der Polizei in Wahllokalen. Im Verlauf der Auszählung der Stimmen in den folgenden Tagen mehrten sich Berichte über Unregelmäßigkeiten und es wurde deutlich, dass es zu Wahlfälschungen gekommen war. Die RENAMO sprach in einer Pressekonferenz am 3. November von Wahlbetrug und kündigte an, die Wahlergebnisse nicht anerkennen zu wollen, da die durch das Technische Sekretariat verpflichteten Wahlhelfer nicht unparteiisch gearbeitet hätten. Somit seien Stimmzettel mit Stimmen für die RENAMO bzw. deren Präsidentschaftskandidaten ungültig gemacht und Wahlurnen mit gefälschten Stimmzetteln gefüllt worden. Zudem seien Wahlbeobachter der RENAMO wegen Belanglosigkeiten nicht zur Auszählung der Stimmen zugelassen worden. Die MDM legte Videoaufnahmen und Bilder von ungültig gemachten Stimmzetteln für ihren Präsidentschaftskandidaten vor und berichtete über ähnliche Vorfälle.

Nach einer Analyse im *Mozambique Political Process Bulletin* ist zu vermuten, dass es in mehreren hundert Wahllokalen zu Unregelmäßigkeiten gekommen ist.

Nach einer Analyse im *Mozambique Political Process Bulletin* ist zu vermuten, dass es in mehreren hundert Wahllokalen zu Unregelmäßigkeiten gekommen ist.³ Als Grundlage wurde die parallele Liste der Stimmenauszählung von

Observatório Eleitoral, einer nationalen Initiative verschiedener Religionsgemeinschaften zur Wahlbeobachtung, und von EISA, einer südafrikanischen Nichtregierungsorganisation, in 967 Wahllokalen genommen. Als auffällig wurden eine Wahlbeteiligung von unter 15 und über 95 Prozent (in einigen Fällen sogar von über 100 Prozent) bewertet. Im erstgenannten Fall, der niedrigen Wahlbeteiligung, wurde von einer verspäteten Öffnung der Wahllokale ausgegangen. Der zweite Fall –

3 | Vgl. *Mozambique Political Process Bulletin*, Nr. 34, 9. November 2009.

zu finden bei rund drei Prozent der Wahllokale – legt das Füllen der Urnen mit gefälschten Stimmzetteln nahe. Verdächtig erschien ferner ein hohes Maß an ungültigen Stimmzetteln. Rund drei Prozent der Wahllokale werden hier als sehr auffällig bewertet.

Der Vergleich zwischen den auf Provinzebene veröffentlichten Wahlergebnissen und den von der Nationalen Wahlkommission nach ihrer Gesamtauszählung veröffentlichten Zahlen zeigt, dass letztlich eine Anzahl von ungültigen Stimmen für gültig erklärt wurde und Wahlzettel von einigen Wahllokalen mit ungewöhnlich hoher Stimmenanzahl nicht akzeptiert wurden.⁴ Bei den Ergebnissen der Präsidentschaftswahlen wurden Änderungen in allen elf Inlandswahlkreisen vorgenommen (rund 66 000 Stimmen weniger für Guebuza, Dhlakama bekam 9000 Stimmen abgezogen, Simango 5000 Stimmen hinzugerechnet). Dies bedeutete für alle drei Kandidaten Veränderungen unterhalb der Marke von 0,5 Prozent. Bezüglich der Parlamentswahlen führten die Änderungen in den Wahlkreisen Niassa und Sofala dazu, dass die FRELIMO in Sofala ein Mandat an die RENAMO abgeben musste. Die Tatsache, dass Fehler korrigiert wurden, ist positiv zu bewerten, allerdings gab die Wahlkommission dazu keine Erläuterungen, so dass unklar bleibt, nach welchen Kriterien vorgegangen wurde. Im *Political Process Bulletin* wird kritisch angemerkt, dass Mosambik einen Sonderfall unter den Demokratien darstellt, indem es der Wahlkommission erlaubt, Wahlergebnisse hinter verschlossenen Türen und ohne Angabe von Erklärungen zu ändern.

STIMMEN ZU DEN WAHLEN

Alice Mabota, Vorsitzende der Mosambikanischen Liga für Menschenrechte und Mitglied des Observatório Eleitoral, äußerte am 7. November ihre Zweifel daran, dass die Wahlen frei, gerecht und transparent gewesen seien.⁵ Daviz Simango hält die Wahlen für die betrügerischsten in der noch jungen demokratischen Geschichte Mosambiks seit 1994 und RENAMO will die Ergebnisse wegen Unregelmäßigkeiten erst gar nicht anerkennen.

Alice Mabota, Vorsitzende der Mosambikanischen Liga für Menschenrechte und Mitglied des Observatório Eleitoral, äußerte am 7. November ihre Zweifel daran, dass die Wahlen frei, gerecht und transparent gewesen seien.

4 | Vgl. *Mozambique Political Process Bulletin*, Nr. 39, 16. November 2009.

5 | Vgl. *Canalmoz*, Nr. 74, S. 1, 9. November 2009.

In einem Meinungsartikel in der Internetzeitung *Canalmoz* wird festgestellt, der Wahlsieg sei „eindeutig mit staatlichen Ressourcen gekauft, mit Ressourcen, die zu zumindest 60 Prozent, wenn nicht mehr, aus Beiträgen der Geldgeber bestehen [...]. Jede andere Partei mit den gleichen finanziellen Möglichkeiten wäre in der Lage gewesen, dasselbe zu erreichen.“⁶

Verschiedene internationale Wahlbeobachtermissionen – die Beobachtergruppe der Staatengemeinschaft im Südlichen Afrika (SADC), die EU-Wahlbeobachtungsmission, die Gruppe des Commonwealth, Beobachter der Portugiesischsprachigen Staatengemeinschaft (PALOP), die EISA-Beobachtungsmission sowie die Gruppe von Vertretern diplomatischer Missionen und Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit aus Europa, USA, Kanada, Schweiz und Norwegen – waren bei den Wahlen vor Ort. Eine Langzeitbeobachtung unter Einbeziehung des Registrierungsprozesses wurde allerdings nicht durchgeführt. Abschließende Statements liegen noch nicht vor, da die Bestätigung der Wahlergebnisse durch den Verfassungsrat ausstehen. Die vorläufigen Erklärungen verschiedener Missionen wurden jedoch bereits an den Tagen nach den Wahlen veröffentlicht. In den Statements von SADC, EU, Commonwealth, Internationaler Mission und EISA wird der ruhige und in der Regel geordnete Ablauf des Wahltags positiv hervorgehoben. Auch der Wahlkampf erhält wegen seines im Großen und Ganzen friedlichen Verlaufs gute Noten. In den weiteren Bewertungen gehen die Meinungen allerdings auseinander.

Die SADC-Mission gratuliert in ihrem Statement vom 30. Oktober dem mosambikanischen Volk zur Abhaltung von „glaubhaften, friedlichen, freien und fairen Wahlen“. Ihr Urteil zu den strittigen Fragen bei der Zulassung der Kandidaten ist eindeutig: die ausgeschlossenen Kandidaten hätten nicht die laut Wahlgesetzgebung vorgelegten Unterlagen vorgelegt. Im Abschnitt zur Vorwahlphase heißt es, die Nationale Wahlkommission habe ihre Arbeit transparent und professionell ausgeführt. Zu berücksichtigen ist hier, dass zum Zeitpunkt des Statements in erster Linie über den geordneten Ablauf der Wahlen berichtet wurde. Fälle von Wahlmanipulierung durch das nachträgliche Einfügen von Wahlzetteln und das Ungül-

tigmachen von Stimmen wurden erst in den Folgetagen veröffentlicht.

Die EU-Mission fügt in ihrer ersten Pressemeldung zu den Wahlen am 30. Oktober der positiven Bewertung des Wahltags und der guten Organisation durch die verantwortlichen Stellen Hinweise auf Mängel bezüglich der Transparenz (keine komplette Veröffentlichung der Kandidatenlisten) hinzu und stellt „einen Grad an Einschränkungen im Bereich politischer Aktivitäten und Wahlmöglichkeiten der Wähler auf lokaler Ebene“ fest. Der Begriff „lokale Ebene“ wirkt allerdings verharmlosend und trifft nicht das Kernproblem, wenn man bedenkt, dass der Ausschluss von Kandidatenlisten sich auf die Wahlmöglichkeiten für Vertreter im nationalen Parlament und in den Provinzversammlungen bezog. In der folgenden Erklärung vom 18. November werden Unregelmäßigkeiten im Wahl- und Auszählungsprozess festgestellt (darunter Wahlbeteiligungen von 100 Prozent in verschiedenen Wahllokalen, ungültig gemachte Stimmzettel und der Hinweis, dass EU-Beobachter in verschiedenen Distrikten und Provinzen zur Auszählung der Stimmen nicht zugelassen wurden), die allerdings die Ergebnisse nicht signifikant beeinträchtigen würden.

EISA kommt am 30. Oktober zum Schluss, dass die Wähler frei ihren Willen ausdrücken konnten. Verbesserungen seien jedoch nötig, um gleiche Ausgangsbedingungen zu schaffen und die Transparenz des Wahlprozesses zu verbessern. Die Commonwealth-Gruppe weist am 30. Oktober ebenfalls auf die Notwendigkeit größerer Transparenz hin. Gleiches gilt für die internationale Gruppe, die am 10. November die Schaffung von möglichst gleichen Bedingungen für alle fordert. Erwähnt wird die komplizierte und sich teilweise überschneidende Wahlgesetzgebung sowie die Sorge einzelner zivilgesellschaftlicher Gruppen bezüglich der Unabhängigkeit der Wahlkommission.

Die SADC-Mission empfiehlt der Wahlkommission, den Parteien und anderen Entscheidungsträgern, Wahlen als einen Prozess zu begreifen und nicht als ein Ereignis, und weist damit auf einen wichtigen Punkt hin: Wähleraufklärung und -registrierung, Aktualisierung von Dokumenten der Parteimitglieder und möglicher Kandidaten, Fortbildung von Parteimitglie-

Die EU-Mission fügt in ihrer ersten Pressemeldung zu den Wahlen am 30. Oktober der positiven Bewertung des Wahltags und der guten Organisation durch die verantwortlichen Stellen Hinweise auf Mängel bezüglich der Transparenz hinzu und stellt „einen Grad an Einschränkungen im Bereich politischer Aktivitäten und Wahlmöglichkeiten der Wähler auf lokaler Ebene“ fest.

dern zur Wahlgesetzgebung, Diskussionen zur Wahlgesetzgebung sollten eine kontinuierliche Aktivität darstellen und nicht erst im Wahljahr oder einige Monate vor den Wahlen begonnen werden.

In der internationalen Gebergemeinschaft ist teilweise mit Enttäuschung über den Wahlverlauf reagiert worden, wird doch Mosambik seit Jahren stark unterstützt und wurde das Land doch als Musterbeispiel für gelungene Entwicklungsanstrengungen angesehen.

In der internationalen Gebergemeinschaft ist teilweise mit Enttäuschung über den Wahlverlauf reagiert worden, wird doch Mosambik seit Jahren stark unterstützt und wurde das Land doch als Musterbeispiel für gelungene Entwicklungsanstrengungen angesehen. Die Vorfälle im Zusammenhang mit den Wahlen sind aber letztlich nichts Neues. Bei den letzten nationalen Wahlen im Jahr 2004 wurden ähnliche Kritikpunkte von Beobachtern geäußert. Hier wäre also in den letzten Jahren mehr Realismus angebracht gewesen. Somit gelten die Empfehlungen der SADC-Mission auch für die Geber: Wahlen sind kein Ereignis, sondern ein Prozess, an dem kontinuierlich zu arbeiten ist.

FAZIT UND AUSBLICK

Bei der Vorbereitung auf die Wahlen wurden Schwächen im Bereich der Wahlgesetzgebung offenbar. Auch fehlte es an politischem Willen auf Seiten der staatlichen Institutionen zur breiten Beteiligung von Wählern und Parteien und mangelnder Organisationsfähigkeiten vor allem der oppositionellen Parteien. Fehlende Transparenz der Wahlkommission bei den Vorbereitungen und beim Vorgang der Auszählung und Korrektur der Wahlergebnisse stärkte nicht das Vertrauen in den Prozess.

Wie schon im Zusammenhang mit den Wahlen des Jahres 2004 zeigte sich, dass die Wahlgesetzgebung zu kompliziert war und teilweise in sich Widersprüche aufwies. Ferner besteht in Teilen der Bevölkerung kein Vertrauen in die Unabhängigkeit der Wahlkommission. Hier sollte die Wahlgesetzgebung überarbeitet und möglicherweise das Auswahlverfahren der Mitglieder der Wahlkommission verändert werden.

Jenseits der rechtlichen Interpretationen im Zusammenhang mit der Handhabung der Wahlgesetzgebung stellt sich die Frage nach der demokratischen Kultur. Dem Geist der Demokratie entspräche es, unterstützend dazu beizutragen, dass möglichst viele Parteien und Kandidaten an den Wahlen teil-

nehmen können. Sicherlich haben auch die Parteien Fehler gemacht, da sie ihre Unterlagen nicht rechtzeitig vorbereitet bzw. abgegeben haben, viele erst am allerletzten Tag.

Bei aller Kritik sollte nicht vergessen werden, dass der gesamte Wahlprozess im Großen und Ganzen friedlich war, ein Szenario, das nach den Erfahrungen wie in Kenia und Simbabwe nicht selbstverständlich ist. In diesem Zusammenhang ist positiv hervorzuheben, dass es auch nach den Wahlen bisher nicht zu Ausschreitungen gekommen ist, obwohl RENAMO in den letzten Wochen durchaus eine aggressive Rhetorik pflegte. Aussagen, dass das Land brennen werde, wenn sich die Wahlfälschungen bestätigen würden, blieben ein rein rhetorisches Beiwerk.

Bei aller Kritik sollte nicht vergessen werden, dass der gesamte Wahlprozess im Großen und Ganzen friedlich war, ein Szenario, das nach den Erfahrungen wie in Kenia und Simbabwe nicht selbstverständlich ist. In diesem Zusammenhang ist positiv hervorzuheben, dass es auch nach den Wahlen bisher nicht zu Ausschreitungen gekommen ist.

Da nicht von gleichen Ausgangsbedingungen vor den Wahlen gesprochen werden kann, war es fast eine logische Konsequenz, dass FRELIMO in allen Provinzversammlungen die Mehrheit der Sitze für sich gewinnen konnte. Die Abgeordnetenzahl der MDM wäre vermutlich etwas höher gewesen, wäre sie in allen Provinzen angetreten. So ist sie an der für einen Fraktionsstatus notwendigen Zahl von elf Abgeordneten gescheitert. Damit fehlen der Opposition wichtige Mitwirkungsmöglichkeiten im parlamentarischen Geschehen (z. B. das Recht auf eigene Gesetzgebungsinitiativen). Allerdings wären die Einflussmöglichkeiten der Opposition im Parlament, selbst bei einer Zusammenarbeit von RENAMO und MDM, eher symbolischer Natur, da das Parlament in der politischen Praxis eine im Vergleich zur Exekutive untergeordnete Rolle spielt.

Gegenwärtig verfügt FRELIMO somit über eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament, mit der die Partei die Verfassung jederzeit ändern kann. Auf diese Weise könnte Präsident Guebuza eine Verlängerung seiner Amtszeit doch noch verwirklichen, was er vor den Wahlen noch kategorisch ausschloss. Fest steht allerdings, dass das Land nun noch fester in der Hand der FRELIMO sein wird. Abzuwarten bleibt, welche Spielräume sich für oppositionelle Parteien und unabhängige zivilgesellschaftliche Gruppen öffnen werden.

In den politischen Statements findet die niedrige Wahlbeteiligung bisher keine Beachtung. Bei einer Einwohnerzahl von

20 Millionen Bürgern und rund neun Millionen eingeschriebenen Wählern konnte der mit großer Mehrheit gewählte Präsident Guebuza nur rund drei Millionen Stimmen auf sich vereinen. Für FRELIMO stimmten ebenfalls nur knapp drei Millionen Wähler. In absoluten Zahlen ist die Unterstützung somit nicht derart deutlich, wie es die reinen Zahlen erscheinen lassen. Es bleibt die Frage nach den Ursachen der geringen Wahlbeteiligung. Eine Antwort hierauf können selbst die Umfragen der Forschungsinstitute nicht bereitstellen. Hier gibt die große Mehrheit der Befragten an, sich an den Wahlen beteiligt zu haben. Wie Recherchen ergaben, sind manche Bürger dazu bereit, ihren Finger zu Hause in Tinte zu stecken, um einen Wahlgang vortäuschen zu können. Hier stellt sich die Frage, was zu dieser Wahlmüdigkeit führt. Sind es die mangelnden Alternativen? Ist es das Misstrauen gegenüber den Regierenden oder das nach Meinung der Bevölkerung im Vorhinein schon feststehende Wahlergebnis? Eines wird hieraus deutlich: um die Demokratie im Bewusstsein der Bevölkerung Mosambiks zu verwurzeln, bedarf es noch vieler Anstrengungen.

Das Manuskript wurde am 3. Dezember 2009 abgeschlossen.